

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Einleitung und theoretische Rahmung	7
Einleitung.....	9
<i>Heinz Stapf-Finé</i>	
Entstehung demokratieferner Ansichten als Lernprozess? Versuch einer organisationstheoretischen Annäherung	23
<i>Michael Brodowski</i>	
Teil II: Ergebnisse der empirischen Analysen	57
„Ick wusst nich ma, dit wa sowat wie eene Bürgermeesterin habm.“ ,Unerreichbarkeit‘ zwischen prekären Lebenswelten und Institutionen der Zivilgesellschaft und kommunalen Politik.....	59
<i>Raiko Hannemann</i>	
Informelles und formales Lernen im Kontext von Demokratielernen und -erleben an Sekundarschulen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Eine qualitativ-explorative Studie.....	143
<i>Nele Rathke</i>	
Teil III: Soziale Aktionsforschung – praktische Umsetzung der Erkenntnisse	187
Probe aufs Exempel. Praxisforschung zu sozialräumlicher Demokratieentwicklung – Konzeption und Formen der Umsetzung	189
<i>Raiko Hannemann, Heinz Stapf-Finé</i>	
Mehr Raum für Nachbarschaft. Hausgemeinschaften und engagierte Wohnungsunternehmen als (potentielle) Schlüssel-Ressourcen sozialräumlicher Demokratieentwicklung	223
<i>Raiko Hannemann</i>	

Teil IV: Einordnung in aktuelle Forschung und Praxis.....	257
Gesellschaftliche Resonanz braucht Raum. Begegnungsorte und Resonanzräume als Voraussetzungen für Teilhabe und Zusammenhalt	259
<i>Philipp Gies, Jakob Stephan</i>	
Nebenan und doch so fern – Unterschiedliche Zusammenhaltsnarrative in Ost- und West	291
<i>Ljubica Nikolic</i>	
Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und soziale Bewegungen.....	315
<i>Peter Bescherer, Luzia Sievi</i>	
Teil V: Gemeinsame Erkenntnisse und Transfer.....	345
Beitrag zu einer prozess- und ergebnisorientierten Demokratietheorie	347
<i>Heinz Stapf-Finé</i>	
Demokratie als Lebensform – eine Grundlage staatlich verfasster, politischer Demokratie? Abschließende Gedanken zu diesem Band	379
<i>Michael Brodowski</i>	
Beitragende	391

Einleitung

Heinz Stapf-Finé

1 Krise der Demokratie?

Das Praxisforschungsprojekt „Demokratieförderung in einer Kommune als Herausforderung für sozialräumliche Demokratieentwicklung“, das im Zentrum dieses Bandes steht, wurde im Rahmen der Förderlinie „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“¹ in der Zeit von Oktober 2017 bis Dezember 2020 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt. Es hatte zum Ziel, im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf einen Prozess sozialräumlicher Demokratieentwicklung anzustoßen.

Im Dezember 2018 fand hierzu in Bonn eine Kick-off-Tagung mit allen Projekten der Förderlinie statt. Im Panel „Politik und Verwaltung“, an dem sich das Berliner Projekt beteiligte, hatte der Diskussionsleiter u.a. darum gebeten, einleitend die jeweilige Krisendiagnose vorzustellen. Unvergesslich war, dass einige Universitätsprofessoren tatsächlich anfangen darüber zu diskutieren, ob man schon von einer Krise – insbesondere der Demokratie – sprechen könne. In der Tat kommt der Begriff „Krise“ in Zeitdiagnosen recht häufig vor und sollte nicht inflationär gebraucht werden.

Unbestritten ist jedoch, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 zu einem wirtschaftlichen Einbruch in weltweitem Maßstab geführt hat. Um den Einbruch der Realwirtschaft abzdämpfen, mussten die Regierungen viel Geld in die Hand nehmen, um die Wirtschaft zu stützen und Banken zu retten. Die steigende Schuldenlast führte unmittelbar zur Eurokrise ab dem Jahr 2010, die bis heute nicht komplett überwunden ist, da die Europäische Zentralbank immer noch Niedrigzinspolitik betreibt. In Folge dieser Krise wuchs die soziale Ungleichheit gegenüber dem Vorkrisenniveau an (vgl. Kniffki/Stapf-Finé 2014), entweder als unmittelbare Krisenfolge bspw. aufgrund von Arbeitslosigkeit bzw. prekärer Beschäftigung oder aufgrund der Folgen der Austeritätspolitik, welche Kürzungen in den Sozialausgaben mit sich brachte.

Als krisenhaft wurde von vielen Menschen auch das Jahr 2015 erlebt, als erzwungene Migration – überwiegend aufgrund kriegerischer Konflikte – ihren weltweiten Höhepunkt erreichte und Deutschland kurzzeitig seine Grenzen für geflüchtete Menschen vor allem aus Syrien und Afghanistan öffnete.

1 https://www.dlr.de/pt/desktopdefault.aspx/tabid-9471/19680_read-46589 [3.11.2021]

Im Zusammenhang mit der Erderwärmung und der Übernutzung von natürlichen Ressourcen gibt es ebenfalls Anzeichen für eine ökologische und Klimakrise.

Schließlich kann man auch von einer Krise traditioneller Lebensformen und einer Krise der Geschlechterverhältnisse sprechen. Infolge der Wirtschaftskrise analysiert Brand (2009, S. 9) den Zusammenhang wie folgt:

„Ein feministischer Blick unterstreicht die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und den Zugriff auf Ressourcen des neoliberalen Kapitalismus, dessen Wertschöpfung nicht nur in der formalen, auf Lohnarbeit basierenden Ökonomie liegt, sondern ... auch auf der unbezahlten Sorgearbeit und sozialer Sicherung, die größtenteils von Frauen geleistet wird... Im Zuge des Rückbaus sozialer Sicherungssysteme werden diese unbezahlten Arbeiten wichtiger – vor allem in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit.“

Dieser Sachverhalt wird angesichts der gegenwärtigen Corona-Pandemie deutlich, die in vielen Fällen zu einer Re-Traditionalisierung der Geschlechterrollen (vgl. Güney-Frahm 2019) führte, weil während des Lockdowns bspw. die Kinderbetreuung überwiegend von Frauen geleistet worden ist. Die Corona-Krise war zum Zeitpunkt der Aufnahme des Projektes noch kein Thema, reiht sich aber ein in eine Reihe von krisenhaften Erscheinungen, zu denen sicherlich auch terroristische Attentate zu zählen sind, deren Höhepunkt in Deutschland der Anschlag auf den Breitscheidplatz in Berlin am 19. Dezember 2016 gewesen ist.

Diese Krisenerscheinungen führten nicht unmittelbar zu einer Staatskrise und politischer Instabilität, haben aber zu einer Krise sozialer Integration und zu einer Vertrauenskrise in Politik und Demokratie geführt. Bereits seit längerem wird darüber berichtet, dass die Bindungswirkung von traditionellen Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften Kirchen usw. nachgelassen hat:

„Die Auflösung der sozialen Milieus, die Dynamisierung gesellschaftlicher Prozesse, die sozialen Spannungen unter Bedingungen des fortgeschrittenen digitalen Kapitalismus, die Entstehung einer multiethnischen Gesellschaft – all dies sind Entwicklungen, die Weltanschauungen aufweichen, Lebenslagen diffus machen und die Selbstverortung in der Gesellschaft verunklaren.“ (Embacher 2015, S. 25)

In der Folge haben es die Volksparteien immer schwerer, diesen Status zu behalten und sind immer stärker mit dem Phänomen von Wechselwähler:innen konfrontiert:

„In einer repräsentativen Umfrage kann sich die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler vorstellen, mehrere Parteien zu wählen. Nur wenige Wählerinnen und Wähler haben keine alternative Wahlpräferenz. Bezogen auf die Anhängerschaften können sich zwischen 24 Prozent (der SPD-Wählerinnen und -Wähler) und 33 Prozent (der CDU-Wählerinnen und -Wähler) vorstellen, nur eine Partei zu wählen.“ (Neu 2021, S. 3)

Schließlich hat sich im Parteienspektrum eine Partei etabliert, die zunächst euroskeptisch aufgetreten ist, deren Repräsentanten mittlerweile aber unverhohlen rechtspopulistisches und extrem rechtes Gedankengut äußern. In der

Mitte der Gesellschaft breiten sich demokratiefeindliche Einstellungen aus, teilweise gepaart mit menschenfeindlichen Einstellungen. Zwar hat die jüngste Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick/Küpper 2021) gezeigt, dass rechtsextreme Einstellungen, insbesondere im Hinblick auf Menschenfeindlichkeit mittlerweile wieder rückläufig sind, zugleich zeigt sich die Mitte der Gesellschaft offen für rechtsextreme Positionen und nimmt bei rechtsextremen Aussagen verstärkt uneindeutige Positionen ein. Zusätzlich haben sich in den vergangenen Jahren rechtsextreme und islamistische Milieus, die ansteigend Anhänger:innen hinzugewinnen konnten, zunehmend radikalisiert und eine hohe Bereitschaft zu Gewaltanwendung, bis hin zu terroristischer Gewalt, gezeigt.

Zunächst die Pegida-Proteste, neuerdings die mittlerweile abgeflauten Demonstrationen gegen die Corona-Politik haben Menschen aus der Mitte der Gesellschaft gemeinsam mit extrem Rechten auf die Straße gebracht und zeichnen sich durch eine hohe Ablehnung etablierter Medien, von allgemein geteilten wissenschaftlichen Kenntnissen² und auch der etablierten Parteien aus.

Soweit zu den Erscheinungsformen krisenhafter Entwicklungen, die einen Einfluss haben auf Haltungen und Einstellungen zur Demokratie. In Rückgriff auf Erklärungsansätze für Rechtsextremismus (vgl. Eicker 2021) kann die Entstehung solcher Einstellungen eher auf gesellschaftlicher Ebene oder auf individueller Ebene (ggf. vermittelt durch Sozialisationsinstanzen) erklärt werden, hierzu gleich mehr, aber zunächst sollen die Vorarbeiten zum Projekt dargestellt werden.

2 Vorarbeiten

Die für die Bundesrepublik beschriebenen krisenhaften Entwicklungen sind auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf zu beobachten, hinzu kommt die Besonderheit, dass es sich um eine große Kommune im Osten des Landes handelt.

Auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, dem Standort der Alice Salomon Hochschule, waren krisenhafte Phänomene im Hinblick auf die demokratische Kultur zu beobachten. Mit der Einrichtung eines Heims für Asylbewerber im Jahr 2013 begannen Auseinandersetzungen, die eine Reihe von antidemokratischen Aktionen bis hin zu rassistischen Übergriffen an den Tag brachten. Schon vor der Auseinandersetzung um das Asylbewerberheim hat ein Forscherteam der Alice Salomon Hochschule unter der Leitung von Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé und Prof. Dr. Michael Brodowski ein Projekt initiiert,

2 Zum Aspekt des „alternativen Wissens“ zur Corona-Pandemie vgl. Pantenburg/Reichardt/Sepp (2021).

welches für ein Jahr (2014) von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin gefördert wurde. Aus diesem Projekt liegt ein Bericht (Bever u.a. 2015) zur Sozialstruktur des Bezirks und zu den Angeboten im Hinblick auf Partizipation und Engagement vor.

Aus der Befassung mit dem Stand der Qualität sozialräumlicher Demokratie in Marzahn-Hellersdorf einerseits und mit antidemokratischen Phänomenen und alltagsrassistischen Aktivitäten andererseits wurde zweierlei deutlich:

- Die bestehenden Angebote zur Stärkung von Engagement sind zwar vielfältig und es gibt Bemühungen um eine gute Vernetzung, allerdings mangelt es an einer Orientierung an den Bedürfnissen der Zielgruppe.
- Gleichzeitig ist noch nicht durchdrungen und ausreichend untersucht, wie es nach dem jahrelangen Anschein des Zurückdrängens antidemokratischer Bestrebungen zu einem neuen Aufflammen kommen konnte.

Daher standen im Nachfolgeprojekt die Fragen im Vordergrund, welche Haltungen und Einstellungen zur Demokratie bestehen, wie diese zustande kommen und welche Zusammenhänge zwischen Einstellungen zur Demokratie und Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2002) bestehen. Das Projekt „Demokratiefremde Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf“ wurde von März 2017 bis Dezember 2018 ebenfalls mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie gefördert und ein Bericht (Stapf-Finé 2019a) publiziert.

Zunächst wurde eine repräsentative Befragung mittels eines Fragebogens in der Bevölkerung des Bezirks vorgenommen. In Weiterentwicklung eines Instruments des Deutschen Jugendinstituts (de Rijke u.a. 2006) wurden Haltungen und Einstellungen zur Demokratie gemessen. Neben der quantitativen Ausprägung waren auch Zusammenhänge zwischen Einstellungen zur Demokratie und Persönlichkeitseigenschaften auf der einen und zwischen Haltung zur Demokratie und Einstellungsmustern aus dem Syndrom von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit von Interesse (Metzner 2019).

Im Fragebogen wurde aufgerufen, sich auch für vertiefende Interviews zur Verfügung zu stellen. Im Anschluss konnten 30 narrative Interviews geführt werden, in denen nicht nur nach der Haltung zur und Wahrnehmung von Politik (lokal, bundesweit), zu Erfahrungen mit Ämtern und Behörden und zur eigenen politischen Beteiligung gefragt wurde, sondern auch den Lebensgeschichten der Befragten Raum gegeben wurde (Hannemann 2019).

Hier ist nicht der Platz für eine umfassende Darstellung, aber im Hinblick auf die Ursachen für die Entstehung demokratiedistanter Haltungen waren folgende Erkenntnisse interessant, welche zeigen, dass soziale Fragen einen wesentlichen Einfluss haben: So hat sich beispielsweise herausgestellt, dass die Gruppe der zufriedenen Demokrat:innen am schwächsten vertreten ist bei Menschen mit niedrigem Einkommen. Positive Haltungen zur Demokratie

traten am wahrscheinlichsten auf bei Menschen, welche noch nie arbeitslos waren. Gleichgültige Haltungen und Distanz zur Demokratie waren eher bei Menschen mit geringer bewerteten Bildungsabschlüssen zu finden. Jedoch können Menschen ganz unterschiedlich auf die soziale Spaltung reagieren. So hat sich beispielsweise gezeigt, dass die These Menschen mit autoritärem Charakter neigten zur Demokratiedistanz, relativiert werden muss. Nach den vorliegenden Ergebnissen ist es eher die Gruppe der Unpolitischen, welche anfällig für autoritäre Handlungen sind (Stapf-Finé 2019a).

3 Fragestellung und methodisches Vorgehen

Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus den Vorprojekten war die Fragestellung zentral, wie unterschiedliche Gruppen auf soziale Fragestellungen und krisenhafte Entwicklungen reagieren und welche subjektiven Theorien unterschiedlichen Haltungen und Handlungsstrategien bezüglich Politik und Demokratie zugrunde liegen. Hierzu wurde das aus dem Vorprojekt vorliegende Material der biografischen Interviews vertieft untersucht. Bei der Rekonstruktion dieser subjektiven Theorien wurden Anleihen aus der Organisationstheorie genommen und die Lernprozesse im Bezirks als kollektives bzw. kooperatives Lernen aufgefasst (vgl. Brodowski 2006, siehe hierzu auch den Beitrag von Michael Brodowski zur Entstehung demokratieferner Auffassungen als Lernprozess in diesem Band). Dabei wurde davon ausgegangen, dass neben formalen Lernprozessen auch und gerade informelles Lernen (vgl. Overwien 2007) eine große Rolle spielt.

Gerade im Bereich schulischer Bildung, so unsere Ausgangshypothese, ist mit einem großen Gegensatz zwischen formalem schulischen Lernen und Demokratie-Erleben im Sinne von John Dewey (2018) zu erwarten. Während im offiziellen Curriculum – sowohl im fachlichen Unterricht als auch in fächerübergreifenden Projekten – die Bedeutung von Demokratie und Politik betont wird, so ist Schule noch immer von einem starken Hierarchiegefälle geprägt und bietet wenig Spielraum zum Demokratie-Erleben. Daher wurde in Fokusgruppendifkussionen mit Schüler:innen von Sekundarschulen und mit Vertreter:innen des Bezirksschülerrats der Frage nachgegangen, wie dieser Gegensatz zwischen formalem Erlernen und dem Nicht-Wirklich-Erleben von Demokratie verarbeitet wird. Der Beitrag von Nele Rathke in diesem Band beschreibt die Erkenntnisse der Untersuchungen zu dieser Fragestellung und regt ein „Demokratie-Mainstreaming“ an den Schulen an, dem alle, vor allem organisationale Prozesse unterzogen werden sollten.

Die Untersuchungen aus den Vorstudien hatten einen Selektions-Bias: wer ist schon gewillt, einen längeren Fragebogen auszufüllen oder gar für ein längeres biografisches Interview zur Verfügung zu stehen? Daher ist davon

auszugehen, dass das Sampling zu einer starken Mittelschichtorientierung der Ergebnisse geführt hat. So stellte sich die Frage, wie man die Haltungen und Einstellungen der für Politik „schwer erreichbaren“ Personengruppen einbeziehen kann. Raiko Hannemann beschreibt im Beitrag „Ich wusst nich ma, dit wa sowat wie eene Bürjermeesterin habm“ das methodische Vorgehen und die Ergebnisse. Um an die vermeintlich schwer erreichbaren Menschen heranzukommen, hat er eine Zeit lang das Café auf Rädern begleitet, ein niedrigschwelliges Angebot der Evangelischen Kirchengemeinde Hellersdorf, das im öffentlichen Raum zum Kaffeetrinken einlädt und dabei ein Gesprächsangebot macht. Hierbei wurde mit der Methode der teilnehmenden Beobachtung gearbeitet, um nicht nur sprachlich vermittelte Haltungen, sondern auch nicht-sprachliche, körperliche, habituelle Alltagspraktiken wahrnehmen zu können. Auf diese Weise konnten Praktiken und soziale Sinnstrukturen empirisch erfasst werden, die aufgrund der „Schweigsamkeit des Sozialen“ (Hirschauer 2001) bisher nicht erfassbar schienen. Die Erfahrungen aus der teilnehmenden Beobachtung in diesem Rahmen wurden kontrastiert mit Beobachtungen im formalen, eher hochschwelligem Politikangebot des Bezirks. Hierbei hat sich gezeigt, dass die Frage, wer hier eigentlich unerreichbar ist, ganz neu gestellt werden muss. Deutlich wurde auch, dass einerseits die spezifischen Erfahrungen des „ostdeutschen Citoyens“ (Hannemann 2019b) seit 1990 den Blick auf und die Erwartungen an gesellschaftliche und politische Prozesse prägen. Andererseits zeigte sich im stark klassen- und milieuabhängigen individuellen Gesellschaftsverhältnis, wie massiv die Wucht der ‚neoliberalen Revolution‘ der Gesellschaft in den letzten dreißig Jahren in den Lebenswelten, insbesondere prekär lebender Menschen Spuren hinterlassen hat.

Im Laufe des Projektes wurde der Versuch unternommen, nicht nur Erkenntnisse zu generieren, sondern umsetzungsorientiert einen Prozess der sozialräumlichen Demokratieentwicklung anzustoßen. Auf die Situation in Deutschland übertragbar schien das Vorgehen nach dem spanischen Vorbild der *Planes y Procesos Democráticos* (vgl. Reutlinger 2014). Grundgedanke ist hierbei, dass in öffentlicher Diskussion Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen, Sorgen und Probleme vorbringen und in gemeinsamer Debatte mit Politik und Verwaltung ein Plan ausgearbeitet wird, wie die diskutierten Themen im Stadtteil umgesetzt werden können. Moderiert wurde dieser Prozess vom Forschungsteam, dem eine Vermittler- und Beraterrolle zukommt. Das Verfahren konnte nicht in Reinform umgesetzt werden, weil anders als erwartet das Bezirksamt eine geringere Form der Involviertheit bevorzugte. Dennoch konnten in einer Reihe von Bürgerforen Themen ermittelt werden, welche den Bewohner:innen wichtig sind, ebenso wie Strukturen, die verbesserungsbedürftig sind, um das demokratische Zusammenleben im Bezirk zu verbessern. Heinz Stapf-Finé und Raiko Hannemann beschreiben im vorliegenden Band das Vorgehen und die Erkenntnisse. Als ein zentrales Strukturproblem

erwies sich die Tatsache, dass es zwar viele Projekte und Angebote gibt, die untereinander aber unzureichend vernetzt sind und somit der Informationsaustausch verbesserungsbedürftig ist. Um also die im Sozialraum Aktiven besser zu unterrichten, was die jeweils anderen machen, um aber auch die Bürger:innen über Möglichkeiten des Engagements zu informieren, wurde im Laufe des Projektes eine Webseite (Mitwirkung-Marzahn-Hellersdorf.de) konzipiert und schließlich öffentlich zugänglich gemacht. Die weitere Pflege und der Ausbau ist nach Projektende sichergestellt, ein etablierter sozialer Träger übernimmt die Aufgabe.

Als weiteres strukturelles Problem erwies sich die Tatsache, dass es im Bezirk kaum noch Treffpunkte gibt, um sich in einem informellen Rahmen mit Nachbar:innen und Freund:innen zu treffen. In den Bürgerforen wurde geschildert, dass es insbesondere im Ortsteil Marzahn Quartiere gibt, in denen es nur noch vereinzelt bspw. Gaststätten mit geeigneten Nebenräumen gibt. Für den Fall, dass diese sich ökonomisch nicht mehr tragen würden, fielen Möglichkeiten weg, sich im öffentlichen Raum zu versammeln. Ausgehend von einer vertieften Auswertung der biografisch-narrativen Interviews mit Bewohner:innen des Bezirks und der Recherche von Best-Practice-Beispielen³ hat Raiko Hannemann ein Konzept für eine pro-assoziative Quartiersentwicklung ausgearbeitet, welches er in diesem Band vorstellt. Im Zentrum steht die Überlegung, dass den Wohnungsunternehmen eine zentrale Rolle zukommt: sie können Räume für Begegnungen zur Verfügung stellen, haben Einfluss auf die soziale Zusammensetzung der Mieterschaft und können Möglichkeiten der Mieter:innenbeteiligung schaffen. Insofern haben sie eine wichtige Rolle im Hinblick auf die demokratische Entwicklung urbaner Räume. Dieses wurde Vertreter:innen von Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften und Mitarbeitenden des Bezirksamtes im Bereich Stadtentwicklung und Bauen vorgestellt. Es ist zu hoffen, dass der Runde Tisch der Wohnungswirtschaft, ein Austauschforum zwischen Wohnungsunternehmen und Bezirksverwaltung, an dieser Frage weiterarbeitet.

3 Besonders sticht ein Beispiel aus Erfurt hervor. Vgl. Schneider/Sinning (2013).